



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Dienstag, 02.07.2013, 18:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg Vorl.Nr. 216/13
(ZIEL)
- Projektpräsentation und Auftaktbeschluss

Beschluss:

1. Weiterentwicklung Verkehrskonzept Innenstadt
Die Verwaltung wird beauftragt, aufbauend auf der Beschlusslage zum Verkehrskonzept vom 24.04.2008 (siehe Anlage 1 zur Vorl.Nr. 216/13), die verkehrliche Konzeption in den Bereichen Schiller- und Arsenalplatz sowie der Straßenräume im engeren Umfeld des Schillerplatzes (siehe Anlage 3 zur Vorl.Nr. 216/13) weiter zu entwickeln und die hierfür erforderlichen Untersuchungen und Variantenbetrachtungen einzuleiten.
2. Vorbereitende Untersuchungen für Sanierungsgebiet
Die Verwaltung wird beauftragt, für das geplante Sanierungsgebiet „Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg“ vorbereitende Untersuchungen gem. § 141 BauGB durchzuführen. Maßgebend ist der Lageplan der Sanierungsstelle des Referats für Nachhaltige Stadtentwicklung vom März 2013 (siehe Anlage 2 zur Vorl.Nr. 216/13). Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.

Mit der Erfüllung der Aufgaben, die der Stadt bei der Durchführung der Vorbereitenden Untersuchungen obliegen, wird die STEG Stadtentwicklung GmbH, Olgastraße 54, 70182 Stuttgart, beauftragt.

Mit der Durchführung der Vorbereitenden Untersuchungen entsteht eine außerplanmäßige Ausgabe i. H. v. 54.000,00 €. Als Deckung wird die FiPo 1.9100.8500.000 „Deckungsreserve“ herangezogen.
3. Städtebaulicher Wettbewerb
Für die Neuordnung des Schiller- und Arsenalplatzes wird die Verwaltung beauftragt, einen städtebaulichen Wettbewerb mit den Schwerpunkten städtebaulicher Rahmen, Parkierung und Oberflächengestaltung vorzubereiten. Die Entwicklung von Zielvorgaben für den Wettbewerb erfolgt in einem Beteiligungsverfahren..

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 und 3 wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ebenfalls einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Griesmaier (privat verhindert)
Stadtrat Lutz (beruflich verhindert)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** begrüßt und macht vor Eintritt in die Tagesordnung den Vorschlag, den Tagesordnungspunkt 7, Vorl. Nr. 216/13 – Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg (ZIEL) - vorzuziehen.

Das Gremium stimmt diesem Vorschlag einmütig zu.

Einleitend weist OBM **Spec** auf die besondere Bedeutung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung vom Bahnhof bis hin zur nördlichen Innenstadt hin. Er bedankt sich daher für das besondere Engagement von Bürgermeister Schmid und seinen Mitarbeitern in dieser Sache.

Nachfolgend erläutert BM **Schmid** kurz die Hintergründe der Zentralen Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg (ZIEL) und betont, wie wichtig es sei, hierfür nun den vorbereiteten Startschuss zu geben.

Anschließend stellt Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation die Schwerpunkte der Entwicklung entlang der Achse vom Bahnhof bis hin zum Marstall-Center dar. Dabei verweist er auf die Vorl. Nr. 216/13 und erläutert die strategischen Ziele, die mit der Innenstadtentwicklung verfolgt werden. Er beschreibt die städtebauliche Ausgangslage und nennt die Gründe für den Handlungsbedarf, wie etwa das Sanierungsdefizit im Bereich des Schillerplatzes. Für eine erfolgreiche Stadtentwicklung sei es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an am Prozess zu beteiligen. Herr Kurt erinnert an die bisherige Beschlusslage im Gemeinderat aus dem Jahr 2008 zur Weiterentwicklung des Verkehrskonzeptes Innenstadt und zeigt anhand eines Planes den Geltungsbereich für die Vorbereitenden Untersuchungen, mit denen die STEG Stadtentwicklung GmbH, Stuttgart, beauftragt werden solle. Herr Kurt bezeichnet den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Weiterentwicklung des Verkehrskonzeptes, der Durchführung der Vorbereitenden Untersuchungen sowie der Vorbereitung eines städtebaulichen Wettbewerbs als Auftaktbeschluss für einen Prozess, der sich bis zum Einstieg in die eigentliche Planungsphase vor allem mit der Beteiligung der Bürger und der Abstimmung im Gemeinderat beschäftigen werde.

Bei der anschließenden Aussprache verleiht Stadtrat **Noz** seiner Freude darüber Ausdruck, dass der Dornröschenschlaf nun vorbei sei und mit der Revitalisierung des Marstall-Centers der Startschuss für weitere Planungen gegeben worden sei. Die in der Vorl. Nr. 216/13 gemachten Vorschläge bezeichnet er als gut und vorstellbar. Deshalb hoffe er, dass sie auch die breite politische Zustimmung fänden.

Stadtrat **Daferner** bedankt sich für die Einführung und die Präsentation. Aus seiner Sicht würden Schillerplatz und Arsenalplatz zusammen ein wichtiges Eingangstor zur Stadt darstellen, dessen Erscheinungsbild unbedingt verbessert werden müsse. Er stimme der Einschätzung zu, dass dies ein Schwerpunkt nachhaltiger Stadtentwicklung sei. Wenn dies auch ein langer Prozess sei, so sei er doch überzeugt, dass er gut vorankomme. Abschließend betont er, wie wichtig es sei, die Bürger an einem solchen Prozess wirklich zu beteiligen und nicht einfach nur anzuhören.

Auch Stadtrat **Glasbrenner** begrüßt den Startschuss und freut sich über den seiner Meinung nach richtig gewählten Zeitpunkt. Er spricht sich dafür aus, die Straßen im direkten Umfeld in die

Verkehrsuntersuchung mit aufzunehmen. Ohne im Detail auf die Vorlage eingehen zu wollen, frage er sich jedoch, ob eine zusätzliche Tiefgarage tatsächlich erforderlich sei. Wichtig sei es, die Kreissparkasse in die weitere Planung mit einzubeziehen und auch den Gemeinderat frühzeitig in den Prozess einzubinden.

Stadtrat **Gericke** bedankt sich ebenfalls bei Herrn Kurt und hofft auf eine breite Zustimmung im Gemeinderat. Er halte ein strategisches Vorgehen in drei Schritten für wichtig. Danach müsse die Platzfolge eine hohe Qualität erhalten und das Untersuchungsgebiet müsse möglichst großflächig festgelegt werden. Im Hinblick auf den Baumbestand und die vorhandenen Parkhäuser und Tiefgaragen in der näheren Umgebung sei die Erforderlichkeit einer zusätzlichen Tiefgarage fraglich. Besonderen Stellenwert räume er ebenfalls der Bürgerbeteiligung ein, die in Ludwigsburg eine gute Tradition habe, die unbedingt fortgesetzt werden müsse.

Für seine Fraktion drückt auch Stadtrat **Dr. Herr** seine Zustimmung zur Innenstadtentwicklung aus. Da seiner Ansicht nach der Bahnhof auf der einen Seite und das Marstall-Center auf der andere Seite wichtige Punkte seien, halte er die Festlegung des Gesamtgebietes für gut. Er wünsche sich eine hochwertige Gestaltung der Plätze mit einer guten Aufenthaltsqualität. Um das zu erreichen, sei eine weitere Tiefgarage erforderlich. Nur dann könne auf die oberirdischen Parkplätze verzichtet werden, die dann neuen Grünflächen weichen könnten. Eine gute und frühzeitige Bürgerbeteiligung sei ein wichtiger Grundbaustein zur Erreichung der Ziele.

Auch Stadträtin **Burkhardt** freut sich, dass der gesamte Gemeinderat zur Innenstadtentwicklung bereit zu sein scheint. Allerdings müsse diese weiter über eine bloße Platzgestaltung hinausgehen. Der ursprünglichen Vorlage zur Verkehrsplanung der Schillerstraße könne sie jedoch nicht zustimmen, außerdem fehle eine Grünplanung für den Arsenalplatz. Um sich deshalb bei Ziffer 1 des Beschlussvorschlages zur Weiterentwicklung des Verkehrskonzeptes enthalten zu können, bittet sie um eine getrennte Abstimmung. Den Ziffern 2 und 3 hingegen, könne sie zustimmen.

Stadträtin **Lange** könne allen drei Punkten zustimmen. Für die Neugestaltung des Schiller- und Arsenalplatzes rege sie einen städtebaulichen Wettbewerb an.

OBM **Spec** weist auf die einstimmige Beschlussfassung im BTU auch zu Ziffer 1 hin, da, wie im Beschlussvorschlag formuliert, die Konzeption lediglich aufbauend auf dem ursprünglichen Verkehrskonzept entwickelt werden solle. Die mehrfach angesprochene Bürgerbeteiligung habe auch aus seiner Sicht einen ganz besonderen Stellenwert.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Vorl. Nr. 216/13 zur Abstimmung.

TOP 2

Übernahme der Mehrkosten für die evang.
Kindertagesstätte Wolkentor in der Rudolf-
Greiner-Str. zur Erweiterung um zwei
Krippengruppen

Vorl.Nr. 180/13

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** gibt hierzu den folgenden, in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderates am 15.05.2013 gefassten, abweichenden Beschluss bekannt:

„Abweichender Beschluss:

Die durch die Erweiterung der Kindertageseinrichtung Wolkentor in der Rudolf-Greiner-Straße entstehenden Mehrkosten in Höhe von *bis zu* 215.000 € werden anteilig wie folgt durch die Stadt getragen:

- Die Elektro- und Wiederherstellungskosten im Bestandsgebäude von 90.000 € werden als Sanierungsmaßnahme anerkannt und mit 76.500 € bezuschusst.
- 125.000 € erfolgen als überplanmäßiger Zuschuss für den Ausbau der Kinderbetreuung von Kindern unter 3 Jahren.
- Die Architektenkosten dürfen nur nach der HOAI von 2009 berechnet werden. Kostensteigerungen des Architekten sind nicht durch die Kostenübernahme des zusätzlichen Zuschusses abrechenbar.
- *Die Steigerung der Architektenkosten bezogen auf die Mehrkosten gegenüber der Kostenschätzung werden nicht akzeptiert.*
- Die Mehrkosten für die Stadt belaufen sich auf höchstens insgesamt 201.500,- €. „

TOP 3

Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. -
Jahresbericht 2012 - Freigabe des städtischen
Zuschusses zur Auszahlung - Konzeption der
Talentförderung - Zuschusserhöhung

Vorl.Nr. 183/13

Beschluss:

1. Der Bericht der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2013 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von 727.700 EUR (institutioneller Zuschuss von 500.900 EUR sowie ein Mietzuschuss von 226.800 EUR) wird zur Auszahlung freigegeben.
3. Die Jugendmusikschule e.V erhält ab dem Haushaltsjahr 2014 einen zusätzlichen Zuschussbetrag i.H.v. 20.000,00 € p.a. für die anteilige Finanzierung des Konzeptes zur Förderung musikalischer Talente

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 und 2 wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 3 wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ebenfalls einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Griesmaier (privat verhindert)
Stadtrat Lutz (beruflich verhindert)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die Vorl. Nr. 183/13 und die vorangegangene Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 11.06.2013.

Nachdem auf einen zusätzlichen Sachvortrag seitens des Gremiums verzichtet wird, eröffnet OBM

Spec die Aussprache, die Stadträtin **Kopf** nutzt, um die Zustimmung ihrer Fraktion zum Beschlussvorschlag auszudrücken. Sie freue sich darüber, dass nach Jahren der Konsolidierung jetzt das Augenmerk auf die Begabtenförderung gerichtet werde. Der Tag der offenen Tür habe einmal mehr gezeigt, wie gut die Jugendmusikschule aufgestellt und wie breit gefächert ihr Angebot sei.

Stadtrat **von Stackelberg** begrüßt, dass sich die Jugendmusikschule bewege und sich nicht elitär, sondern in der Mitte der Gesellschaft ausrichte. Für ihn sei klar, dass die Frühförderung einen hohen Aufwand fordere. Die höheren Kosten, die damit verbunden seien, müssten dann eben auch akzeptiert werden, zumal dies mit ehrenamtlichen Kräften nicht zuverlässig zu leisten sei. Seiner Meinung nach sei die Musik ein wesentlicher Bestandteil bei der Förderung der Intelligenz. Das Lehrerkollegium der Jugendmusikschule bringe sich sehr gut ein und verdiene daher seinen Respekt. Der Einführung der Begabtenförderung könne aus Sicht seiner Fraktion zugestimmt werden.

Grundsätzlich stimme Stadtrat **Weiss** seinen Vorrednern zu, spricht sich aber dafür aus, den Zuschuss nach Ziffer 3 des Beschlussvorschlages auf drei Jahre zu begrenzen. Er vertritt die Ansicht, dass nach Ablauf dieser drei Jahre versucht werden sollte, die Begabtenförderung überwiegend über Spenden zu finanzieren.

Diese Auffassung kritisiert Stadtrat **Dr. Vierling**, da das von Stadtrat Weiss vorgeschlagene Matching ausgereizt sei und damit keine verlässliche Finanzierungsmöglichkeit darstelle. Dies werde der angestrebten Begabtenförderung als Prozess nicht gerecht. Wie bei einer Leistungsschau sei am Tag der offenen Tür an der Jugendmusikschule zu sehen gewesen, welches beeindruckende Angebot hier vorgehalten werde. Die Talentförderung sei da eine optimale Ergänzung. Da mit dem Antrag der Jugendmusikschule von der Stadt nur rund 55 % der entstehenden Kosten übernommen werden sollten, bezeichnet er ihn als eher zurückhaltend und maßvoll.

Verbunden mit dem Glückwunsch zu den Leistungen des Jugendsinfonieorchesters drückt Stadtrat **Dr. Herr** ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion aus. Aus seiner Sicht sei jedoch zu überlegen, das Matching künftig anders zu gestalten, um mehr Anreiz für Spender zu schaffen und damit mehr Spenden zu akquirieren. Damit könne dann auch der Zuschuss der Stadt geringer ausfallen.

Zustimmung findet der Beschlussvorschlag auch bei Stadträtin **Burkhardt**. Da die Talentförderung auf Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten ausgerichtet sei, wäre das der richtige Weg.

Stadträtin **Lange** gefalle, dass sich offensichtlich der elitäre Anspruch der Jugendmusikschule gewandelt habe.

Abschließend stellt OBM **Spec** zunächst die Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 183/13 zur Abstimmung.

Nachdem diesem Beschluss mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig zugestimmt wird, stellt OBM **Spec** den von Stadtrat **Weiss** im Sachzusammenhang gestellten Antrag zur Änderung der Ziffer 3 des vorliegenden Beschlussvorschlages:

“Der Zuschuss für musikalische Talente wird für drei Jahre projektbezogen gewährt und dann als Zuschuss in den folgenden Jahren in Höhe desselben Betrags zugesagt, der im 3. Jahr als Spenden von Dritter Seite zugeflossen ist (Matchingmodell)“

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt. Anschließend erfolgt die Abstimmung zu Ziffer 3 des in der Vorl. Nr. 183/13 enthaltenen Beschlussvorschlages.

Beschluss:

Der Vorschlagsliste (siehe Anlage zu Vorl. Nr. 217/13) für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2014 bis 2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Griesmaier (privat verhindert)
Stadtrat Lutz (beruflich verhindert)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die Vorl. Nr. 217/13 und auf die Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 25.06.2013.

Auf Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet.

OBM Spec stellt daher den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 217/13 zur Abstimmung.

Abweichender Beschluss:

- 1) Der Innenhof des Kunstzentrums Karlskaserne bleibt Privatgrund und wird kein öffentlicher Parkplatz.
- 2) Die verfügbaren Stellplätze im Innenhof des Kunstzentrums Karlskaserne werden auf eine maximale Anzahl von 84 Stellplätzen festgelegt.
- 3) Dieser Parkbereich dient ausschließlich der Zubringung und Abholung von Kunst- und Musikschüler(innen), als Kurzzeit-Parkplatz für Schülereltern, Kursteilnehmer(innen) sowie Besucher der Einrichtungen und Veranstaltungen. Festangestellte und freie künstlerische Mitarbeiter zahlen Parkgebühren (vgl. Beschlussvorschlag 4).
- 4) Der in der Anlage zur Vorl. Nr. 187/13 dargestellten Entgelt- und Benutzungsordnung wird mit der folgenden Änderung unter Ziffer 3 zugestimmt:
„Feste Mitarbeiter
Für festangestellte Mitarbeiter der Einrichtungen der Karlskaserne gelten die folgenden Tarife (Kosten pro Monat)

Kat. 1	70 – 100 %-Stelle:	25,00 EUR pro Monat
Kat. 2	bis 70 %-Stelle	15,00 EUR pro Monat“

- 5) Bis zu 28 Stellplätze können bei Bedarf werktags vormittags an Teilzeitkräfte der Firma Mann+Hummel - bis zum Umzug des Werkes I in die Weststadt - vermietet werden.
- **abgelehnt**

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 - 4 wird mit 29 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Gegen den Beschluss zu Ziffer 5 spricht sich der Gemeinderat mit 24 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen aus.

Nicht anwesend: Stadtrat Griesmaier (privat verhindert)
Stadtrat Lutz (beruflich verhindert)
Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** begrüßt Herrn **Raithel** (FB Kunst und Kultur), der auf die Vorl. Nr. 187/13 und die Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 11.06.2013 verweist. Aufgrund der Anmerkungen, die dabei gesammelt worden seien, lege er einen geänderten Vorschlag für die Entgelt- und Benutzungsordnung für den Parkbereich im Innenhof des Kunstzentrums Karlskaserne vor. Dieser sieht für feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen der Karlskaserne folgende Parkgebühren vor:

Kategorie 1: 10-100 %-Stelle 25.00 EUR pro Monat
Kategorie 2: bis 70 %-Stelle 15,00 EUR pro Monat

Weiterhin informiert Herr Raithel darüber, dass bisher nicht hätte geprüft werden können, ob wegen der angedachten Bereitstellung von Stellplätzen an die Firma Mann+Hummel Nachzahlungsforderungen der BIMA erhoben werden könnten. Dies sei wegen Kapazitätsengpässen bei den zuständigen Sachbearbeitern der BIMA in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen.

In der anschließenden Aussprache betont Stadträtin **Kreiser** noch einmal, dass die Karlskaserne nicht, wie in der Zeitung zu lesen gewesen sei, Privatparkplatz werde, sondern vielmehr Kunst- und Kulturhof bleibe. Sie erkundigt sich, wie sich im Vergleich zur vorgelegten Entgelt- und Benutzungsordnung die Gebühren für die Mitarbeiter der Volkshochschule darstellten. Sie macht außerdem deutlich, dass ihre Fraktion einer Überlassung von Stellplätzen an die Firma Mann+Hummel nicht zustimmen könne, so lange Nachzahlungsforderungen der BIMA nicht ausgeschlossen werden könnten.

Nach Ansicht von Stadtrat **Bergold** seien die Parkgebühren mit der jetzt vorgenommenen Änderung vergleichbar mit den sonst üblichen. Ob bei den vorzunehmenden Kontrollen eventuell zu einem späteren Zeitpunkt nachjustiert werden sollte, müsse abgewartet werden. Er bitte deshalb darum, diesen Punkt bis in ein oder eineinhalb Jahren im WKV noch einmal aufzugreifen. Die Zustimmung zu dem Beschluss über die Überlassung der Stellplätze werde seine Fraktion unter den Vorbehalt stellen, dass keine Nachzahlungsforderungen gestellt würden.

Keine Zustimmung zur Beschlussvorlage sei hingegen von seiner Fraktion zu erwarten, so Stadtrat

Weiss. Grund dafür sei, dass der von ihr gestellte Antrag, den Innenhof am Vormittag als öffentlichen Parkraum frei zu geben, unter anderem mit dem Hinweis auf die Gefährdung der Kinder nicht behandelt worden sei. Und dies, obwohl nun eine große Anzahl an Stellplätzen für die Eltern der Musikschulkinder und für die Lehrkräfte zur Verfügung gestellt würden und dabei die Gefährdung der Kinder wohl keine Rolle spiele. Ein weiterer Grund sei, dass die Kontrolle der Einhaltung der Entgelt- und Benutzungsordnung nicht möglich erscheine. Außerdem würde mit dieser Regelung der Druck auf kostenfreie Parkplätze in der der Oststadt noch zunehmen. Auch die Überlassung von Stellplätzen an die Firma Mann Hummel im Bedarfsfall stelle hier keinen Kompromiss dar. Zudem würden durch die günstigen Parkgebühren für die Mitarbeiter wieder einmal einige Wenige privilegiert. Darüber hinaus zeigten die Leserbriefe hierzu, dass die Bewohner und die Bediensteten der Oststadt diese Regelung nicht nachvollziehen könnten.

Stadträtin **Klett-Heuchert** betont, dass es ihrer Fraktion schon immer wichtig gewesen sei, dass der Innenhof der Karlskaserne zum Gesamtensemble des Kunstraumes gehöre und damit auch weiterhin private Fläche bleiben müsse. Da sie fürchte, mit dem Angebot an Mann+Hummel einen Präzedenzfall zu schaffen, der unter Umständen auch noch Nachzahlungsforderungen der BIMA auslöse, halte sie diese Regelung nicht für gut. Ansonsten könne ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Für seine Fraktion erklärt sich Stadtrat **Dr. Jordan** mit der vorliegenden Beschlussvorlage einverstanden mit Ausnahme der Überlassung der Stellplätze an Mann+Hummel. Die Kontrolle der Einhaltung der Regelung sehe er als große Aufgabe, die aber momentan noch ungelöst bleibe.

Da er sich eindeutig gegen die Überlassung der Stellplätze ausspreche, bittet Stadtrat **Kemmerle** um eine getrennte Abstimmung der Ziffer 5 des Beschlussvorschlages.

Abschließend beantwortet Herr **Raithel** die Frage von Stadträtin Kreiser dahingehend, dass die Parkgebühren für die freien Mitarbeiter der Karlskaserne nicht mit denen der Mitarbeiter der Volkshochschule vergleichbar seien, da diese Fahrtkostenzuschüsse erhielten.

OBM **Spec** stellt die Vorl. Nr. 187/13 mit der von Herrn Raithel vorgelegten Änderung zur Abstimmung.

TOP 6

Verordnung über Neckarbiotop Zugwiesen

Vorl.Nr. 113/13

Beratungsverlauf:

Der Gemeinderat kommt überein, die Verordnung über das Neckarbiotop Zugwiesen zunächst im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorzubereiten.

TOP 7

Neufassung der Betriebssatzung
für den Eigenbetrieb Tourismus & Events
Ludwigsburg

Vorl.Nr. 220/13

Beschluss:

Der Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Tourismus & Events Ludwigsburg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

Nicht anwesend: Stadtrat Griesmaier (privat verhindert)
 Stadtrat Lutz (beruflich verhindert)
 Stadtrat Müller (beruflich verhindert)
 Stadtrat Rebholz (beruflich verhindert)
 Stadtrat Seybold (beruflich verhindert) .

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die Vorl. Nr. 220/13 und informiert über die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses für Tourismus & Events vom 25.06.2013.

Auf ergänzenden Sachvortrag und Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet.

OBM Spec stellt daher die Vorl. Nr. 2201/13 zur Abstimmung.